

## **Lesefassung**

### **Satzung der Gemeinde Kramerhof über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Verbandsbeiträge des Wasser- und Bodenverbandes „Barthe/Küste“ vom 21.11.2002**

- 1. Änderung vom 08.11.2005**
- 2. Änderung vom 06.11.2006**
- 3. Änderung vom 01.11.2007**
- 4. Änderung vom 26.08.2008**
- 5. Änderung vom 05.10.2009**
- 6. Änderung vom 11.05.2010**
- 7. Änderung vom 14.06.2011**
- 8. Änderung vom 10.07.2012**
- 9. Änderung vom 10.09.2013**
- 10. Änderung vom 12.08.2014**
- 11. Änderung vom 10.01.2017**
- 12. Änderung von 12.06.2018**

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Januar 1998 (GVOBl. M-V S. 360), des § 3 des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden (GUVG) vom 04. August 1992 (GVOBl. M-V S. 458), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. November 2001 (GVOBl. M-V S. 448) sowie der §§ 1, 2, 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 01. Juni 1993 (GVOBl. M-V S. 522, 916), geändert durch Gesetz vom 22. November 2001 (GVOBl. M-V S. 438), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung Kramerhof vom 08.10.2002 folgende Satzung erlassen.

#### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Die Gemeinde Kramerhof ist Mitglied des Wasser- und Bodenverbandes Barthe/Küste (Verband), der entsprechend § 63 Abs. 1 Nr. 2 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LwaG) vom 30. November 1992 (GVOBl. M-V S. 669), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. November 2001 (GVOBl. M-V S. 438), in Verbindung mit § 29 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1696), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. September 2001 (BGBl. I S. 2331), die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung wahrnimmt. Dem Verband können gemäß § 4 GUVG weitere Aufgaben obliegen.
- (2) Die Mitgliedschaft der Gemeinde Kramerhof besteht für die der Grundsteuerpflicht unterliegenden Flächen. Außerdem erstreckt sich die Mitgliedschaft auf gemeindeeigene Grundstücke, auch wenn sie keiner Grundsteuerpflicht unterliegen.
- (3) Die Gemeinde hat dem Verband aufgrund des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz – WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405) und der Verbandssatzung Verbandsbeiträge zu leisten, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

## § 2 Gegenstand der Gebühr

- (1) Die von der Gemeinde nach § 1 Abs. 3 zu leistenden Verbandsbeiträge werden nach den Grundsätzen des § 6 Abs. 1 bis 3 des Kommunalabgabengesetzes durch Gebühren denjenigen auferlegt, die Einrichtungen und Anlagen des Verbandes in Anspruch nehmen oder denen der Verband durch seine Einrichtungen, Anlagen und Maßnahmen Vorteile gewährt. Als bevorteilt in diesem Sinne gelten gemäß § 3 Satz 3 GUVG die Eigentümer, Erbbauberechtigten, Pächter oder sonstigen Nutzungsberechtigten der grundsteuerpflichtigen Grundstücke im Gebiet der Gemeinde, die im Einzugsbereich des Verbandes liegen. In den Fällen des § 1 Abs. 2 Satz 2 ist die Gemeinde bevorteilt.
- (2) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im grundbuchrechtlichen Sinne.
- (3) Zum gebührenfähigen Aufwand gehören neben den Verbandsbeiträgen auch die der Gemeinde durch die Gebührenerhebung entstehenden Verwaltungskosten.
- (4) Zu Gebühren dieser Satzung werden Gebührenpflichtige nicht herangezogen, soweit sie für das jeweilige Grundstück an den Verband selbst Verbandsbeiträge zu leisten haben.

## § 3 Gebührenmaßstab und Gebührensatz

- (1) Die Gebühr bemisst sich nach näherer Bestimmung durch Absätze 3 bis 5 nach Größe und Nutzungsart der Grundstücke.
- (2) Soweit eine katasteramtliche Feststellung der Grundstücksgröße nicht vorliegt, erfolgt eine sachgerechte Schätzung durch die Gemeinde. Die Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, die dafür erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und Auskünfte zu erteilen.
- (3) Der Gebührensatz beträgt je angefangene
  - a) 0,1 ha Gebäude- und Freiflächen  
Straßen, Wege, Plätze, Bahngelände, Flugplatz  
Flächen mit besonderer funktionaler Prägung 2,45 €
  - b) 0,1 ha Ver- und Entsorgungsanlagen, Lagerplatz,  
Betriebsflächen 1,65 €
  - c) 0,1 ha Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen,  
ungenutzte Verkehrsflächen, Verkehrsbegleitflächen 1,25 €
  - d) 0,1 ha Erholungsfläche, Grünanlagen  
Abbauland, Halde  
Schiffsverkehrsanlagen  
Acker, Grünland, Kleingarten, Obst  
Schutzflächen, Friedhof 0,85 €
  - e) 0,1 ha Wald 0,57 €
  - f) 0,1 ha Brachland, Soll, Unland, Moor, Heide 0,45 €
  - g) 0,1 ha Fließwasser, Hafenbecken, stehendes Gewässer 0,13 €
  - h) 0,1 ha Meer 0,05 €

- (4) Weisen Teilflächen eines Grundstücks unterschiedliche Nutzungsarten auf, so ist für jede Teilfläche mit einer anderen Nutzungsart die darauf nach Abs. 3 entfallende Gebühr getrennt zu ermitteln. Dies gilt nicht für Bauland nach Abs. 3 Buchstabe a), wenn Teile des Grundstücks nicht baulich genutzt werden (z.B. Hof- und Gartenflächen).
- (5) Als Zuschlag zur Gebühr nach den Absätzen 3 und 4 werden je angefangene 0,1 ha Fläche in dem in der Anlage 1 zu dieser Satzung festgelegten Vorteilsgebiet - des Schöpfwerkes Parow für Flächen nach Abs. 3, Buchst. a) und b) 3,21 €, für alle übrigen Flächen 1,61 €, erhoben.

#### **§ 4 Gebührenpflichtiger**

- (1) Gebührenpflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Entstehung der Gebührenschuld Eigentümer, Erbbauberechtigter, Pächter oder sonstiger Nutzungsberechtigter des Grundstücks ist. Bei einem Wechsel in der Person des Gebührenpflichtigen hat der bisherige Gebührenpflichtige die Gebühr bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Wechsel erfolgt ist, zu entrichten. Soweit ein Wechsel der Gebührenpflichtigen im Grundbuch nicht eingetragen ist, werden Berichtigungen auf den Stichtag 1. Oktober des dem Erhebungsjahr vorausgehenden Kalenderjahres abgestellt. Sie sind durch den bisherigen Gebührenpflichtigen zu beantragen und zu begründen.
- (2) Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die Wohnungs- und Teileigentümer entsprechend ihrem Miteigentumsanteil gebührenpflichtig.
- (3) Eigentümer, Erbbauberechtigte, Pächter oder sonstige Nutzungsberechtigte des Grundstücks sind verpflichtet, alle für die Veranlagung erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und rechtzeitig zu machen. Sie haben bei örtlichen Feststellungen der Gemeinde die notwendige Unterstützung zu gewähren.
- (4) Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.

#### **§ 5 Entstehung der Gebührenschuld, Erhebungszeitraum, Festsetzung und Fälligkeit**

- (1) Die Gebührenschuld entsteht am 01. Januar des jeweiligen Jahres. Erhebungszeitraum für die Gebühr ist das Kalenderjahr.
- (2) Bei erstmaliger Festsetzung ist die Gebühr einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Die Festsetzung gilt solange weiter, bis ein neuer Bescheid ergeht. In den folgenden Kalenderjahren ist die Gebühr jeweils am 01. Juli des Jahres fällig. Ein neuer Gebührenbescheid ist nur zu erteilen, wenn sich der in § 3 Abs. 3 bzw. Abs. 5 festgelegte Gebührensatz oder die Bemessungsgrundlagen verändert haben oder wenn ein Wechsel in der Person des Gebührenpflichtigen eingetreten ist.
- (3) Der Gebührenbescheid kann mit anderen Bescheiden der Gemeinde über von den Gebührenpflichtigen zu leistende grundstücksbezogene Abgaben zusammengefasst werden.

## **§ 6 Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne von § 17 des Kommunalabgabengesetzes handelt, wer den Bestimmungen des § 3 Abs. 2 Satz 2 und des § 4 Abs. 3 dieser Satzung zuwider handelt und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

## **§ 7 Inkrafttreten**

Die 12. Änderung der Satzung der Gemeinde Kramerhof über die Erhebung von Gebühren zur Deckung der Verbandsbeiträge und Umlagen des Wasser- und Bodenverbandes „Barthe-Küste“ tritt rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft.

## **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende, beim Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen angezeigte Satzung wird hiermit entsprechend § 5 Abs. 4 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern öffentlich bekannt gemacht.

## **Hinweis**

Soweit beim Erlass dieser Sitzung gegen Verfahrens- und Formfehler verstoßen wurde, können diese gem. §5 Abs. 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern nach Ablauf eines Jahres seit seiner öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Bekanntmachung- oder Genehmigungsvorschriften.

Bekanntmachung der 12. Änderungssatzung

22.06.2018 bis 08.072018